



Grünliberale Partei Biel/Bienne

Medienmitteilung Nr. 36

Thema	Abstimmungen vom 5. Juni 2016
Für Rückfragen	Dennis Briechele, Parteipräsident & Stadtrat, mobile 078 857 03 13
Absender	Grünliberale Partei Biel/Bienne, 2502 Biel/Bienne Tel 078 788 23 93, eMail biel@grunliberale.ch , www.biel.grunliberale.ch
Datum	18. Mai 2016

Ja zum Palace, Nein zur Initiative „CHF 200'000 sind genug“

Der Vorstand der Grünliberalen Biel/Bienne hat zur Renovation des Theaters Palace die Ja-Parole gefasst und empfiehlt die Volksinitiative „CHF 200'000 sind genug“ zur Ablehnung. Mit der Renovation des Theaters Palace, die zur Hälfte durch Drittmittel finanziert wird, wird eine zeitgemässe Infrastruktur geschaffen, welche eine verstärkte Nutzung des Palace ermöglicht. Das Anliegen der Volksinitiative „CHF 200'000 sind genug“ wurde vom Stadtrat vollumfänglich umgesetzt. Dass die Vorlage dennoch zur Abstimmung kommt ist eine durch den anstehenden Wahlkampf motivierte Zwängerei der SVP.

JA zur Renovation Theater Palace

Die Grünliberalen Biel/Bienne empfehlen den Kredit zur Renovation des Theaters Palace anzunehmen. Mit dieser Sanierung wird der ursprünglich auch als Kino genutzte Saal vollständig an die Bedürfnisse des Theaters angepasst. Insbesondere die Sichtverhältnisse und die Akustik werden verbessert. Der Sanierungskredit von CHF 6 Mio soll zur Hälfte durch Drittmittel gedeckt werden, unter anderem bemühen sich die Betreiber, das spectacle français, selbst aktiv auch um die Mittelbeschaffung, was die Grünliberalen ausdrücklich begrüssen. Schliesslich erfüllt die Stadt Biel mit dieser Renovation auch eine Verpflichtung, welche sie gegenüber verschiedenen Agglomerationsgemeinden eingegangen ist.

NEIN zur Volksinitiative „CHF 200'000 sind genug“

Die Grünliberalen Biel/Bienne empfehlen die Volksinitiative „CHF 200'000 sind genug“ zur Ablehnung. Mit dieser Volksinitiative wollte die JSVP eine Senkung der Löhne der Bieler Gemeinderäte erreichen. Angesichts der schwierigen finanziellen Lage der Stadt Biel und der eher überdurchschnittlichen Entschädigung der Bieler Exekutive haben die Grünliberalen bereits früh signalisiert, dass sie diese Stossrichtung unterstützen. Auch der Stadtrat hat diese Ansicht geteilt und die Forderungen der Initiative mit dem Erlass des neuen Gemeinderatsreglements vollumfänglich erfüllt. Dass die Initianten daraufhin ihre Initiative nicht zurückzogen, sondern sie dennoch zur Abstimmung bringen hat nichts mit der Sache zu tun, sondern ist eine mit dem Wahlkampf begründete Zwängerei.

Abstimmungsparolen nationale Abstimmungen

Der Vorstand der Grünliberalen Biel/Bienne hat folgende Parolen zu den nationalen Abstimmungen gefällt:

NEIN zur Volksinitiative „Pro service public“. Die Initiative ist gut gemeint, aber schlecht umgesetzt. Mit dem Verbot von Querfinanzierungen werden wenig rentable Angebote, gerade in Randregionen, akut gefährdet. Der geforderte Verzicht auf Gewinne vermindert Investitionen und Innovation und führt zu Einnahmefällen beim Bund.

JA zur Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)“. Nach ausführlicher Diskussion sind die Grünliberalen Biel/Bienne zum Schluss gekommen diese Initiative zur Annahme zu empfehlen. In der Stadt Biel ist exemplarisch ersichtlich, dass ein zunehmender Anteil der Bevölkerung in einer zunehmend automatisierten und digitalisierten Wirtschaft keine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt findet. Das Prinzip des BGE könnte in Zukunft dafür sorgen, diesem Phänomen zu begegnen und würde gleichzeitig einen Grossteil der komplexen Administration der Sozialversicherungen überflüssig machen.

NEIN zur Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung,“. Diese Initiative führt zu massiven Einnahmefällen von CHF 1'500 Mio pro Jahr beim Bund, was zu Leistungskürzungen bei Bildung, öffentlichem Verkehr und Landwirtschaft füh-

ren dürfte. Autofahrende sind zudem keine Milchkühe: Die Belastung durch die Mineralölsteuer hat seit 1970 um die Hälfte abgenommen, eine weitere Entlastung ist nicht angebracht!

JA zur Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes. Diese Gesetzesänderung ist die Konsequenz der angenommenen Verfassungsänderung zur Präimplantationsdiagnostik. Sie erlaubt es Paaren, die Träger von schweren Erbkrankheiten sind oder auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können, Embryos auf schwere Krankheiten zu untersuchen.

JA zur Änderung des Asylgesetzes. Mit der Schaffung von Bundeszentren können die Asylverfahren beschleunigt werden, wie ein Testbetrieb nachgewiesen hat. Ein rascherer Entscheid hilft allen: Dem Asylsuchenden schafft er rascher Klarheit über seine Zukunft und für den Steuerzahlenden senkt er die Kosten des Asylwesens.

Die Grünliberalen Biel/Bienne sind seit 2008 aktiv und wurden am 5.7.2010 als Ortssektion gegründet. Bei den städtischen Wahlen im September 2012 erreichten sie 9.3% und 6 Sitze im Stadtrat, was ihnen ermöglicht, mit einer eigenen Fraktion zu politisieren. Die Grünliberalen politisieren sachbezogen und lösungsorientiert und setzen sich für die Vereinbarkeit von Anliegen der Ökologie und Ökonomie ein.